

hen werden müsse; 56,7 Prozent gaben dieser Aussage ebenfalls uneingeschränkte Zustimmung („stimme ich zu“). In der ehemaligen DDR waren dies, jeweils in der gleichen Reihenfolge, 46,6 und 48,5 Prozent.

Insgesamt deutlich geringere Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands ergaben die Ergebnisse eines weiteren Fragenkomplexes, bei dem es um den Glauben an die Effizienz von Glücksbringern, die prophetische Kraft von Wahrsagern, die übernatürlichen Kräfte von Wunderheilern und die den Lebenslauf eines Menschen determinierenden Einflüsse von Sternkreiszeichen ging. Es stimme wahrscheinlich, daß Glücksbringer manchmal tatsächlich Glück brächten, fanden im Osten 28,1 und im Westen 25,5 Prozent der Interviewten. Daß dies wahrscheinlich nicht stimme, dar-

in waren sich 42,9 Prozent der befragten West-Deutschen mit 40,7 der Ost-Deutschen fast einig. Gegenüber der Fähigkeit von Wahrsagern, die Zukunft wirklich voraussehen zu können, waren mit 51,3 Prozent gegenüber 42,2 Prozent die Befragten im Osten skeptischer als im Westen („stimmt sicher nicht“). 25 Prozent im Westen hielten dies dagegen für wahrscheinlich, ebenso wie 18,9 Prozent in den neuen Bundesländern. Nahe beieinander lag auch mit 29,6 Prozent (West) und 30,6 Prozent (Ost) der Anteil derer, die mit Wahrscheinlichkeit Wunderheilern übernatürliche Kräfte attestierten. Alternativen zu traditioneller Religiosität scheinen demnach auch in der ehemaligen DDR nicht ohne eine gewisse Attraktivität zu sein.

Auf grundsätzliche Bedenken gegenüber solchen Umfragen im allgemeinen

und gegenüber einem „Abfragen“ von speziellen Glaubensinhalten im besonderen (was bedeutet denn eigentlich der Glaube an die Hölle?) ist bereits zur Genüge hingewiesen worden. Dennoch ist ein solcher Ost-West-Vergleich nicht uninteressant, in seiner Funktion der Desillusionierung sogar hilfreich. Den prägenden Einfluß des realexistierenden Sozialismus auf das konkrete religiöse Leben aus solchen Zahlen direkt herauslesen zu wollen, wäre dagegen nicht unproblematisch. Hier scheinen schon die Ergebnisse der Befragung über paranormale Phänomene ein kleines Warnzeichen zu sein. Denn der Glaube an paranormale Phänomene scheint, schenkt man der Umfrage Glauben, gegen Aufklärung und säkulare Wissenschaft, aber auch gegenüber sozialistischer Ideologie resistent zu sein

A. F.

Wer macht das Rennen?

Der Präsidentschaftswahlkampf in den Vereinigten Staaten

Das politische Leben in den USA steht seit Monaten im Zeichen der bevorstehenden Präsidentschaftswahl vom 3. November, bei der sich der amtierende Präsident George Bush als Kandidat der Republikaner und Gouverneur Bill Clinton als demokratischer Herausforderer gegenüberüberstehen. Der Wahlkampf fällt in eine Zeit der tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise der westlichen Führungsmacht. Wie vor allem die massiven Rassenunruhen dieses Sommers (vgl. HK, Juni 1992, 259 ff.) zeigten, sind die USA derzeit ein sozial zerrissenes Land. An Programmen und Versprechungen fehlt es in dem mit riesigem Aufwand geführten Wahlkampf nicht. Sie einzulösen, wird schwerfallen, gleich wer am 3. November den Sieg davonträgt.

Wäre der amerikanische Präsident vor einem Jahr gewählt worden, dann wäre George Bush von einer gewaltigen Woge der Zustimmung in seinem Amt bestätigt worden. Das Ende des Landkrieges am Golf, der insgesamt nur hundert Stunden gedauert hatte, ließ Bush im Frühjahr 1991 als Triumphator erscheinen. Kurz nach dem Waffenstillstand stimmten 91 Prozent der Amerikaner Bushs Amtsführung zu. Ein solcher Wert war noch nie von einem Präsidenten erreicht worden. Bush hatte damit Ronald Reagan weit hinter sich gelassen. Im Senat wurde damals der Antrag eingebracht, General Schwarzkopf und Generalstabschef Powell zu Fünf-Sterne-Generälen zu

machen. Ein Jahr danach: von Schwarzkopf spricht kaum noch jemand, und Colin Powell ist im Pentagon unsichtbar geworden.

Waren vor dem Golfkrieg zwei Drittel aller Amerikaner hinsichtlich ihrer persönlichen Zukunft noch *pessimistisch* gewesen, so waren nach dem Golfkrieg zwei Drittel *positiv* gestimmt. Krieg als Aufputschdroge? Die erstaunlichste Veränderung war jedoch dann eingetreten, als im Frühjahr 1992 wieder zwei Drittel der Amerikaner pessimistisch in die Zukunft blickten. Das war lange vor dem Zeitpunkt, zu dem *Bill Clinton* sich als demokratischer Herausforderer für Bush herausgestellt hatte. Schon ehe sich das Feld der fünf demokratischen Präsidentschaftsbewerber gelichtet hatte, blickte man im Weißen Haus sorgenvoll auf den 3. November 1992.

Die wirtschaftliche Lage als Dominante im Wahlkampf

Der Abschwung in der Zustimmung für Bush war die Folge der schwachen Wirtschaftsdaten. Das Budgetdefizit und die Arbeitslosigkeit stiegen an, und die Medien analysierten Bushs wirtschaftspolitische Konzeptionslosigkeit mit schonungsloser Härte. Das Argument, Bush reise zuviel in der Weltgeschichte herum, setzte sich im Bewußtsein der Amerikaner fest. Dabei hatte die Kompetenz Bushs immer auf dem Feld der *Außen- und der Abrü-*

stungspolitik gelegen. Solange es den Ost-West-Konflikt gab und die sowjetische Überrüstung auf die USA gerichtet war, konnte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auch immer auf diese Politikfelder abgelenkt werden. Dann aber erschienen Gorbatschow und nach ihm Jelzin als Bittsteller im Weißen Haus, und auf einmal sahen alle, daß sie inmitten hilfloser Bettler in verfallenden Großstädten lebten und um ihre Jobs zu bangen hatten. Bush, der sich einmal als „Bildungspräsident“ (education president) und „Umweltpräsident“ angepriesen hatte, hatte weder für die Schüler noch für die Umwelt, weder für die Menschen in den schwarzen Ghettos noch für das Heer der Drogenabhängigen ein wirkungsvolles Konzept.

Warum wollte der Präsident im November 1991 unbedingt zur NATO-Tagung nach Rom? Amerikanische Politik wird oft auf T-Shirts ausgetragen. Auf einem war zu lesen: „Der Präsident ist diese Woche in Rome, Italy, aber ich wette, daß er noch nie das Dutzend Roms besuchte, die es in USA gibt“. Andere teilten auf ihren T-Shirts fast unübersetzbar mit: „George Bush – The Anywhere But America Tour“ (etwa: die „Überallhin-außer-nach-Amerika-Tour“). Und Freunde der Statistik – im Land derer, die ihre Minicomputer in der Subway bearbeiten, nicht verwunderlich – teilten auf ihrem T-Shirt die zwölf Roms der USA mit den jeweiligen lokalen Arbeitslosenraten mit. Es deutete sich also zur Jahreswende bereits an, daß die wirtschaftliche Lage zum Hauptthema des Präsidentschaftswahlkampfes werden würde. Am 17. Dezember 1991 wurde in einer der Meinungsumfragen (polls), die das Selbsterkennen der amerikanischen Tele-Demokratie beständig begleiten und zugleich formen, schon sichtbar, daß Bushs Wahlkampf defensiv werden würde. Seiner allgemeinen Amtsführung stimmten nur noch 47 Prozent der Befragten zu. Das war das schlechteste Ergebnis, das Bush seit dem Beginn seiner Präsidentschaft im Januar 1989 gehabt hatte. In zwei Monaten hatte er zwölf Punkte verloren und seit dem Ende des Golfkrieges waren es 43 Punkte. Beinahe die Hälfte seiner Unterstützer hatte ihn seit März 1991 verlassen.

In derselben Umfrage waren 58 Prozent mit der wirtschaftspolitischen Kongressarbeit der Demokraten unzufrieden, aber gegen Bushs Wirtschaftspolitik sprachen sich sogar 70 Prozent der Befragten aus. Im direkten Vergleich zwischen Bush und einem noch unbekanntem demokratischen Präsidentschaftskandidaten hätten nach dieser Umfrage 36 Prozent für Bush gestimmt, aber 46 Prozent hätten sich im Dezember 1991 für den noch zu findenden Demokraten ausgesprochen. Diese frühe Grundstimmung der Wählerschaft gilt es im Auge zu behalten, wenn in der Hitze des Wahlkampfes unendlich viele und im ganzen Land verbreitete Versuche unternommen werden, die Wählermeinung durch das Lancieren von Skandalgeschichten zu manipulieren. Für die ausgewählten Präsidentschaftskandidaten gibt es täglich gemessene Ausschläge der Wählermeinung, die dann wieder die Entscheidungen der Wahlkampforganisationen beeinflussen. Ein Rückgang der Zustimmung in den Polls wird durch

sofortige Gegenangriffe auf anderen Feldern der Politik zu kompensieren versucht, wobei der Amtsinhaber selbstverständlich erhebliche Vorteile hat. Zufällige Tagesschwankungen und tiefreichende Veränderungen der demographischen Grundströmung lassen sich bis zum Wahltag nie klar voneinander unterscheiden. Auch die Hochstimmung nach *Parteikonventen*, auf denen die Präsidentschaftsbewerber nominiert werden, führt regelmäßig zu veränderten Polls, wie die Conventions der Demokraten in New York (13. bis 16. Juli 1992) und der Republikaner in Houston (17. bis 20. August 1992) gerade erst gezeigt haben. Hinweise auf das spätere Wahlergebnis dürfen aus diesem demographischen Hin und Her jedoch noch nicht entnommen werden, und das macht die Beobachtung der amerikanischen Präsidentschaftswahl – so un-europäisch und unerfreulich sie auch sein mag – immer wieder zu einem politischen Thriller.

Ganz unabhängig von den absurden Erscheinungsformen des Präsidentschaftswahlkampfes ist die Wahl des Präsidenten vor allem in vergleichender und verfassungsrechtlicher Perspektive ein Unikum. Im Vordergrund des Geschehens steht immer die Show, die der Europäer schwer begreift, selten schätzt und nur in Ausnahmefällen genießt. Die von den Medien vermarkteten inhaltslosen Gesten der Bewerber verdrängen den politischen Gestaltungsbedarf eines großen Staates, der sich wegen seiner inneren Defizite aus der Rolle einer Supermacht bereits verabschiedet hat, auch wenn die Reden von Reagan und Bush auf der republikanischen Convention in Houston der Nation noch einmal das Gegenteil suggerieren wollten. Die vielen Unzulänglichkeiten des Präsidentschaftswahlkampfes entstammen dem Amerika des 18. Jahrhunderts und sind eher für eine postkoloniale Siedlerkultur als für eine moderne Demokratie mit 250 Millionen Einwohnern geeignet. Auch 1992 ist wieder die Situation erreicht, in der die Welt je nach innerer Disposition gebannt, sprachlos und abgestoßen auf die Vereinigten Staaten schaut, in denen für ein ganzes Jahr die notwendige Politik durch fernsehgerechte Provinzposen ersetzt wird.

Die Unschärfe der Voraussagen

Die geringe Wahlbeteiligung wird schon seit langem von *schwindenden Parteiloyalitäten der Wähler* flankiert. Wer zur Wahl geht, hat ein recht genaues Wissen – die Affären inbegriffen – über die Amtsbewerber, sofern es von den Medien vermittelt wird. Um den emotionalen Bezug der Wähler zu einem Präsidentschaftskandidaten herzustellen, werden in diesem Jahr über 200 Millionen Dollar ausgegeben, von denen 92 Millionen aus der Bundeskasse kommen. Die Kandidaten sind pausenlos unterwegs. Dabei versuchen sie, für den Wahltag neue Koalitionen gesellschaftlicher Gruppen herzustellen, welche die ansonsten nur lockeren Bande zwischen den auf der Ebene der Einzelstaaten gegliederten Parteiorganisationen fester knüpfen sollen. Zehntausende von Mitarbeitern schalten sich in den Wahlkampf ein: politische Berater, Strategen, Meinungsforscher, Spendensammler, Redenschreiber,

Agitatoren und Werbespezialisten, Pressereferenten, Organisatoren der Kampagnen, Mitarbeiter vor Ort, Armeen freiwilliger Helfer. Der gleichsam militärische Schlachtplan, der nun in seine Endphase eintritt, ist seit langem vorbereitet worden. Ganz am Anfang stand lediglich der politische Ehrgeiz eines Politikers mit ein paar Freunden, die sich auf den unendlich schweren Weg ins Weiße Haus machten. Das gilt vor allem für die Demokraten, die nach zwölf Jahren der Präsidentschaft von Reagan und Bush endlich wieder einen Sieg brauchen, wenn sie ihre Hoffnung auf das Weiße Haus für dieses Jahrhundert nicht ganz aufgeben wollen.

Aus der engen Gruppe derer, die mit einem Präsidentschaftsbewerber den langen Marsch zum Weißen Haus aufnimmt, werden nach einem Wahlsieg die wichtigsten Kandidaten für das erste Kabinett, die leitenden Mitarbeiter im Weißen Haus, die Botschafter und die Chefs der Bundesbehörden genommen. *James Baker* ist der Inbegriff eines solchen Mannes der allerersten Stunde, ohne den George Bush nie Präsident geworden wäre und ohne den er – gegen den Eindruck des Augenblicks – nicht Präsident bleiben würde. Die engsten Berater der Präsidentschaftskandidaten kommen aus *Academia*, aus den großen Stiftungen und aus den Beratungsfirmen, wo sie auch wieder untertauchen, wenn ein Präsident die Macht verliert und mit seiner Administration abtritt.

Im Vordergrund aller Wahlkampf­tätigkeit stehen die Experten für *Direktwerbung*. Einer von ihnen, *David Chagall*, schrieb einmal, daß es beim Wahlkampf nicht darum gehe, die Probleme des Landes zu lösen, sondern vielmehr darum, die Einstellungen der Wähler zu beeinflussen. Im Grunde hat Chagall recht, da die Problemlösung die Sache der Politiker ist. Es ist aber gerade das Defizit der amerikanischen Demokratie, daß für diese manipulative Beeinflussung der Wähler jedes Mittel willkommen ist. Wir könnten noch herber formulieren: Mehr ist auch nicht mehr möglich, weil fast alle politischen Probleme der Vereinigten Staaten unlösbar zu sein scheinen. Weil das so ist, geht es konsequenterweise bei den Bewerbern immer nur noch um die „Charakterfrage“ und nicht mehr um ihre sachliche und politische Kompetenz.

Die Folge ist, daß ein Bewerber nach dem Modell „Happy family“ vor die Nation treten muß. Die Ehefrauen und unmündigen Kinder setzen sich für Ehemann und Vater ein. Im Fall von *Barbara Bush* ist es sogar dahin gekommen, daß die Ehefrau der einzige Rettungsanker des strachelnden Präsidenten ist: Barbara Bush ist bei den Amerikanern viel beliebter als ihr Mann. Zugleich wird die „Happy family“ von der nie endenden Neugier begleitet, wer wessen Freundin zur linken Hand ist oder vor langen Jahren einmal gewesen sein könnte. Das ist das *voyeuristische* Element der Wahlkämpfe, welches wiederum die unmittelbare Folge der puritanisch-bigotten Einstellung weiter Bevölkerungskreise und ihrer religiösen Organisationen ist. Unter dem Aspekt einer liberalen Demokratie ist diese Wahlkampfvariante völlig unangemessen.

Für 1992 wird es also so bleiben, daß die Werbetechniken

den Wahlkampf beherrschen. Wichtig ist, wie einer sich kleidet und in welcher Tonlage er präsidentenhaft spricht. In der gegenwärtigen Kampagne bewegt die Nation auch, welche First Lady das bessere Plätzchenrezept der Presse verraten hat. Die Sache geht auf die angesehene Rechtsanwältin *Hillary Clinton* zurück, die in einem Interview gesagt hatte, daß sie nicht zu den Frauen gehöre, die nur im Haus seien und ihren Ehemann ganzjährig mit *cookies* versorgen. Der Aufschrei der Frauenverbände war so laut und drohte für Bill Clinton wahl­schädigend zu werden, daß seiner Frau nichts anderes übrigblieb als mitzuteilen, daß sie bei besonderen Anlässen doch Schokoladeplätzchen herstelle. In den Wochen des Wahlkampfes läßt eine Frauenzeitschrift die Rezepte von Hillary Clinton und Barbara Bush bei ihren Leserinnen nachbacken und beurteilen. Das Ergebnis der Plätzchen-Abstimmung wird am Abend des 3. November im Fernsehen veröffentlicht werden. Seit ein paar Wochen können die Engländerinnen mitbacken, denn eine britische Zeitung veröffentlichte beide Rezepte untereinander (*The Independent* on Sunday, 19. 7. 92, 18), was ein weiterer Beweis für die „*special relationship*“ zwischen der Insel und Amerika ist. Grundsätzlich gilt jedoch, daß die politischen Inhalte der Wahlprogramme und die Begabungen eines Kandidaten im Getümmel der Werbeschichten erst viel später wichtig werden.

Ein eigentümliches Wahlsystem

Das ist halt Amerika!, wäre eine Antwort darauf. Ein politisches Stoßgebet könnte lauten: Hoffentlich lernt dieses große Land schnell dazu, damit diese Sinnentleerung von Politik am Ende nicht auch noch nach Europa überspringe. Am Ende gibt es auch noch die schwache Hoffnung, daß die amerikanischen Wähler dieses Gespinst aus pikanten Nebensächlichkeiten zerreißen möchten.

Die Beobachtung des Präsidentschaftswahlkampfes kann auf das Rechnen nicht verzichten. Bei der Wahl am 3. November wird in den fünfzig Einzelstaaten das *Wahlmännnergremium* (electoral college) gewählt, das zu einem etwas späteren Zeitpunkt den Präsidenten bestimmen wird. In dieses Wahlmännnergremium entsendet jeder Staat so viele Mitglieder, wie er Vertreter in den Kongreß entsendet. Der Gesamtzahl nach sind das 435 Elektoren, die der Zahl der Abgeordneten im Repräsentantenhaus entsprechen. Weitere 100 Elektoren entsprechen der gleichen Zahl von Senatoren (jeder Staat hat in Washington zwei Senatoren). Drei Elektoren werden im *District of Columbia* gewählt, die den drei Vertretern Washingtons im Repräsentantenhaus entsprechen. Das ergibt addiert die Zahl von 538 Mitgliedern des *electoral college*. Zum Präsidenten wird derjenige, der am 3. November mindestens 270 Elektoren für sich gewinnt.

Da sich die Zahl der nach Washington gehenden Repräsentanten eines Bundesstaates jeweils nach der Bevölkerungszahl bemißt, gilt das für die Zahl seiner Vertreter im *electoral college* entsprechend. In Kalifornien wird die

höchste Zahl von Wahlmännern – nämlich 54 – gewählt, weil Kalifornien 2 Senatoren und 52 Repräsentanten hat. Die kleinen Bundesstaaten wählen nur drei Wahlmänner, weil sie jeweils nur einen Repräsentanten und zwei Senatoren im Kongreß haben (Alaska, Montana, Wyoming, Süd- und Nord-Dakota, Delaware, Vermont und der District of Columbia). Zu den an Wahlmännern reichen Staaten gehören New York (33), Texas (32), Pennsylvania (23), Illinois (22) und Ohio (21). Die ungleiche Verteilung der Wahlmänner in den fünfzig Staaten, unterschiedliche parteipolitische Affinitäten und von Region zu Region täglich wechselnde Gewinnaussichten der Kandidaten machen es erforderlich, die begrenzten Geldmittel besonnen und elastisch einzusetzen.

Wo die Polls einen regionalen Einbruch melden, werden sehr schnell weitere Mittel eingesetzt. Scheint der Rückstand auf den Gegner uneinholbar zu sein, dann empfiehlt es sich; die Werbung in einem Staat ganz einzustellen und die freiwerdenden Mittel an anderen umkämpften Brennpunkten einzusetzen. So wurde beispielsweise Ende Juli gemeldet, daß Clinton nach der demokratischen *convention* in Kalifornien 34 Prozentpunkte vor Bush lag und dessen Berater bereits erwogen, Kalifornien ganz abzuschreiben (The Guardian, 31. 7. 92, 10). Da Kalifornien jedoch mit 54 Wahlmännern ein Zehntel des *electoral college* stellt, hätte dieser Verzicht Bushs einen erheblichen Vorteil für Clinton bedeutet, den die Mannschaft Bushs vor der *convention* in Houston noch nicht zulassen wollte.

Von den Primaries zum heißen Wahlkampf

Bei den ersten Vorwahlen (*primaries*) dieses Jahres traten die Demokraten in New Hampshire am 18. Februar mit fünf Kandidaten an: mit einem ehemaligen Gouverneur, zwei Senatoren, einem ehemaligen Senator und mit Bill Clinton, dem Gouverneur von Arkansas. Clinton ist mit erst 45 Jahren doch der dienstälteste und erfahrenste aller amerikanischen Gouverneure. In Arkansas hat er sich mit sozialpolitisch ausgerichteten Bildungsprogrammen, mit einer soliden Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie mit klugen Maßnahmen zur Rassenintegration einen Namen gemacht. Zu beachten ist allerdings, daß eine in einem südlichen Präriestaat gelingende Politik nicht ohne weiteres zum Heilmittel für die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen der riesigen USA gemacht werden kann. Clinton stammt aus einfachen Verhältnissen. In Yale studierte er Jura und war ein Rhodes Scholar in Oxford. Als die *primaries* begannen, war Clinton am besten vorbereitet und setzte sich – stets gegen ihm angelastete Affären und Versäumnisse ankämpfend – von Vorwahl zu Vorwahl immer sicherer durch.

In der Auseinandersetzung mit Bush, die während der *primaries* immer nur indirekt stattfinden kann, war Clinton bei einer Umfrage vom 12. April 1992 (CNN und Time) mit 33 zu 44 Punkten klar im Rückstand. Von den Be-

fragten meinten 53 Prozent, daß Clinton nicht ehrlich und verantwortungsvoll genug sei. Das war die Folge der „Charakterfrage“, die in den Medien – angeheizt von den Republikanern – immer neu aufgeworfen wurde. Doch Mitte August, einen Monat nach der Convention der Demokraten in New York, lag Bush mit 34 gegen 60 Prozentpunkten hinter Clinton zurück. Die republikanischen Berater erwogen schon, in Kalifornien keine Gelder mehr für Werbung auszugeben. Außenminister Baker schied aus dem Department of State aus und trat am 23. August das Amt des direkt dem Präsidenten zugeordneten Stabschefs des Weißen Hauses an. Negative Auswirkungen auf die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen wurden in Kauf genommen, weil Bush anders keine Rettung vor einer drohenden Niederlage mehr sah. Auf einmal waren die Schiiten im Irak eine schützenswerte Menschengruppe, nachdem man sie, wie eine Teheraner Zeitung feststellte, über ein Jahr lang von Saddam Husseins Truppen massakrieren ließ. Nicht geschützt werden mußten Kroaten und Bosnier vor dem Völkermord, weil sich Amerika nicht um diese Region kümmerte. In einem Wahljahr für das Weiße Haus wird so besonders deutlich, daß amerikanische Außenpolitik zu einem Mittel des Machterhalts degeneriert ist.

Mitte Mai meldete sich *Ross Perot*, ein texanischer Milliardär, als unabhängiger Präsidentschaftskandidat zu Wort. Es bildeten sich Unterstützungskomitees, die Perot in allen Bundesstaaten auf die Wahlzettel setzen lassen wollten. Seinen Wahlkampf wollte der neureiche Texaner aus eigener Tasche bezahlen, was überall großen Eindruck machte. Nach wenigen Wochen lag Perot bei den Umfragen mit Bush und Clinton gleichauf. Die Voraussagen liefen schon darauf hinaus, daß die Novemberwahl keinen Sieger haben würde.

Der rasante Anstieg der Beliebtheit Perots zeigte, daß ein großer Teil der Amerikaner mit den etablierten Parteien unzufrieden ist. Die Ideenstagnation im politischen Leben verstärkt den Wunsch nach wirkungsvollen neuen Konzepten. Darum hofften auf einmal viele auf den unerwarteten Heilsbringer, der dem verfilzten System der politischen Klasse fern stand. Perot wandte sich vor allem gegen Bush. Er zog so die Aufmerksamkeit der Republikaner auf sich und gab Clinton die Chance, die demokratische Präsidentschaftskandidatur ohne das Trommelfeuer der ehrabschneiderischen republikanischen Polemiken zu gewinnen. Bald war erkennbar, daß Perot außer einer hausbacken-konservativen und simplistischen Weltsicht keine politischen Qualitäten mitbrachte. Je mehr die Medien sich dem noch unbekanntem Texaner zuwandten und dabei herauszufinden begannen, wie unorthodox Perot zu seinem Reichtum gekommen war, sank dessen Popularität wieder. Auf dem Höhepunkt der demokratischen Convention in New York (13. bis 16. Juli 1992) gab Perot seine hochfliegenden Pläne auf. Das eine Bevölkerungsdrittel, das ihm zugeneigt hatte, war des Hoffnungsträgers wieder beraubt. Wem werden sich die Unzufriedenen und

die Protestwähler zuwenden – einem der beiden Parteikandidaten oder der Wahlenthaltung? Das ist eine der brisanten Fragen, die noch nicht zu beantworten ist.

Clinton berief *Al Gore*, den jungen Senator von Tennessee, zu seinem Vizepräsidentenkandidaten, der im direkten Vergleich mit Vizepräsident *Dan Quayle* im Juli mit 63 zu 21 weit vorn lag (*Guardian*, 13. 7. 92, 1). Die New Yorker Kandidatenaufstellung wirkte für die Demokraten beruhigend und darum impulsgebend. Ganz bewußt wurde an die Jahre 1932, als Franklin D. Roosevelt, und 1960, als John F. Kennedy zu später siegreichen Kandidaten aufgestellt wurden, angeknüpft. War Clinton mit einem knappen Vorsprung vor Perot und Bush in die Convention gegangen (29 : 28 : 27; vgl. *Guardian*, 13. 7. 92, 24), so hatte er vor der Convention der Republikaner nach einer Umfrage von Washington Post/ABC einen Vorsprung von 60 zu 34 (*FAZ*, 14. 8. 92, 1).

In seiner Annahmerede vor der Convention wies Clinton pauschal und eher buchhalterisch auf die nationalen Problemfelder hin: Bildung, Krankenversicherung, Arbeitsplätze, Drogenproblem und Kriminalität, Rassenarmut, Erneuerung der zerfallenden Großstädte und Umwelt. Diese Themen waren bereits während des Vorwahlkampfes in den Programmschriften „A Plan for America's Future“ und „Putting People First. A National Economic Strategy for America“ von Clinton entwickelt worden. Sie stellten im Kern aber lediglich das fleißig kompilierte Beraterwissen – unverbindlich, allgemein und lesbar geschrieben – dar, das jeder Gruppe Versprechen machte, ohne sie schon einlösen zu müssen. Natürlich brauchen große Wahlkämpfe nur Formeln, die noch nicht verifiziert werden müssen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Republikaner auf ihrem Wahlkongreß in Houston, Texas, vom 17. bis 20. August 1992 ähnliche Slogans und Versprechungen benutzten – am 19. August hieß das Tagesthema „Der amerikanische Geist und die Familie“ –, um sie durch die Medien ins Land transportieren zu lassen. Dieses Mal waren sie aber gewürzt mit heftiger Polemik gegen Clinton, dem man seine Unerfahrenheit – und erneut unterschwellig die „Charakterfrage“ – vorhielt. Der Präsidentschaftswahlkampf blieb weiterhin Show und irreführende Massensuggestion. Die ernsthafte Annäherung an die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes war nicht beabsichtigt.

Es war schon ein besonderes Phänomen, als der 81jährige Ronald Reagan, dem in seinen acht Jahren im Weißen Haus die soziale und wirtschaftliche Situation der USA völlig entglitten war, in Houston den Delegierten zurief, daß Bush ein idealer Präsident sein werde, und die Menge daraufhin ekstatisch skandierte: „Four more years, four more years“. In Houston war es die Strategie der Republikaner, den Präsidenten ein paar Fehler eingestehen und große Taten für die zweite Amtszeit ankündigen zu lassen. Was hat Bush eigentlich in seiner ersten Amtszeit im Weißen Haus getrieben? Die Hauptschuld für die wirt-

schaftliche Misere wurde auf den demokratisch beherrschten Kongreß geschoben, der den wirtschaftlichen Aufschwung trotz der guten Vorschläge der Regierung behinderte. Der Rest war Jubel und Werbeveranstaltung. Es läßt sich derzeit nicht absehen, wer in einem Monat den Weg ins Weiße Haus schaffen wird. Kehrt George Bush, der 41. Präsident, wegen des nach 1988 zum zweiten Mal wirkenden James-Baker-Effekts ins *Oval Office* zurück? Oder wird Bill Clinton, der sich als zweiter John F. Kennedy stilisiert, der 42. Präsident werden, nachdem *Jimmy Carter* vor zwölf Jahren die Präsidentschaft verlor. Die im Oktober landesweit übertragenen Fernsehdebatten stehen noch aus.

Die Convention von Houston brachte Präsident Bush in der Wählergunst nicht vor seinen Herausforderer Clinton. Eine Umfrage von *New York Times*/CBS sah Clinton am 25. August weiterhin mit 51 : 36 vorn. Die zögernde Hilfe für das vom Hurrikan „Andrew“ verwüstete Florida wurde von Betroffenen und politischem Gegner auf die Formel gebracht, daß die Administration Bush *innen- und außenpolitisch unzuverlässig* sei. Auch Anfang September lag Clinton immer noch mit 8 Punkten vor Bush. War das bereits ein stabiler Trend, der sich bis zum Wahltag durchhalten wird?

Bush und Clinton können täglich gravierende Fehler machen, die kein Werbespezialist mehr vertuschen kann. Die außenpolitischen Entwicklungen im Irak, in Israel und Jugoslawien wirken direkt auf den Verlauf des Wahlkampfes ein und können zu Meinungsänderungen in letzter Sekunde (*last minute swings*) führen. Es kann sogar der Fall eintreten, daß die fast unlösbaren Probleme des Landes den Wählern – wie viele werden am 3. November an die Wahlmaschinen gehen? – nicht aus dem Blick geraten, so sehr die Werbeorganisation der Republikaner das auch verhindern möchte.

Die amerikanische Grundbefindlichkeit vor und nach dem Wahltheater

Der aktuelle Kampf um das Weiße Haus macht nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten weltweit kein Zukunftsmodell mehr darstellen. Nagende Selbstzweifel befallen die nachdenklichen Amerikaner, weil das Angebot freier Wahlen von weniger als der Hälfte der Wahlberechtigten genutzt wird und dabei die schwarze und hispanische Minderheit auch noch deutlich unterrepräsentiert bleiben. Die Akteure der freien Medien zeigen zu oft den Hang, ihre wichtigste Aufgabe in der Enthüllung von Seitensprüngen des Präsidenten und seines Herausforderers zu sehen.

In Japan und Westdeutschland, die nach 1945 mit missionarischem Eifer „demokratisiert“ wurden, haben sich in vierzig Jahren Entwicklungen vollzogen, welche die wirtschaftliche Schwäche und die demokratischen Mängel des „Demokratiesspenders“ von ehemals deutlich zutage treten

lassen. Eine *wirtschaftliche Demokratie* (economic democracy) gibt es in den Vereinigten Staaten nur in Ansätzen, was immer mehr Menschen in die manifeste Armut verweist. Die seit ihren geschichtlichen Anfängen utopisch gestimmte Nation kann sich selbst nicht helfen. Andererseits entartet die *politische Demokratie* (political democracy) zu dem, was der Wahlkampf in vielen Facetten gerade bietet. Die Führungsstärke, die die USA in und nach dem 2. Weltkrieg zeigten, versiegt immer mehr. Seit den Morden an den Kennedys und an Martin Luther King, seit dem Vietnamkrieg mit dem anschließenden Watergate Nixons sowie seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Abwendung von der außenpolitischen Verantwortung deutlicher geworden, ohne daß die soziale und wirtschaftliche Not im Inneren positiv beeinflusst worden wäre.

Die im Wahlkampf ständig wiederholten Formeln von der innen- und außenpolitischen Verantwortung des zu wählenden Präsidenten sind während des Wahlkampfs nur Spielgeld des Verbalismus. Sie werden auf Massenveranstaltungen wie den Conventions und während der

Fernsehdebatten vorgetragen, um auf die Polls einzuwirken und die Wähler zu einer für den Sprechenden genehmen Stimmabgabe zu veranlassen. In diesen Zusammenhang paßt gut, daß am Tag vor der Convention der Republikaner in Houston die *New York Times* von Plänen berichtete, irakische Ministerien in Bagdad zu bombardieren, um Bushs Wahlchancen zu verbessern. Die umgehenden Dementis besagen nicht, daß es diese Pläne nicht gegeben habe. Das Nichteintreten des angekündigten Ereignisses besagt lediglich, daß die amerikanische Presse auch jenseits der Affären-Berichterstattung noch wichtige Funktionen hat.

Wer immer am 3. November gewählt wird und ins Weiße Haus einziehen wird – der neue Präsident steht erneut vor den ungelösten Problemen eines sozial zerrissenen Landes. Die Bürger werden sich – sofern sie die Wahl überhaupt beachten – ab dem 4. November wehmütig daran erinnern, was ihnen alles in den vergangenen Monaten auf Wahlveranstaltungen und in Anzeigen, auf den Bildschirmen und an den Haustüren versprochen worden ist.

Hermann Vogt

„Der Religionsunterricht muß sich den gesellschaftlichen Gegebenheiten stellen“

Ein Gespräch mit dem evangelischen Theologen Rainer Lachmann

Ob in den alten (vgl. ds. Heft, S. 485) oder den neuen (vgl. ds. Heft, S. 449) Bundesländern – der Religionsunterricht als Pflichtfach an öffentlichen Schulen ist erneut Gegenstand von z. T. heftig geführten Debatten. Nicht nur dort, wo er neu eingeführt werden soll, sondern auch dort, wo er seit langem zum schulischen Pflichtprogramm gehört, ist er unter gewandelten äußeren kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen in seiner herkömmlichen Form nicht ohne weiteres plausibel. Zur Lage des Religionsunterrichts und zu einigen heute diskutierten alternativen Vorstellungen befragten wir den Bamberger evangelischen Theologen und Inhaber des Lehrstuhls für Religionspädagogik und -didaktik, Rainer Lachmann. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor Lachmann, der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, wie wir ihn in der „alten“ Bundesrepublik kennen, stammt aus Zeiten, die wir heute als volksgläublich charakterisieren. Diese Verhältnisse bröckeln ab, wenn auch vielleicht nach Regionen unterschiedlich schnell. Wird der Religionsunterricht in der bisherigen Form zum Anachronismus?

Lachmann: So weit muß man nicht gehen. Ich würde die Frage etwas anders formulieren: Ist der christliche Religionsunterricht in Deutschland heute noch für die Allgemeinheit plausibel zu machen? Das ist die zentrale Frage,

mit der wir Religionspädagogen es zur Zeit zu tun haben. Hauptanlaß dafür, daß sich diese Frage gerade jetzt stellt, ist die allgemeine gesellschaftliche Lage. Wir Religionspädagogen müssen diese Lage zur Kenntnis nehmen, sie analysieren und für unser Arbeitsfeld die nötigen Konsequenzen ziehen.

„Der Religionsunterricht muß auf das didaktische Bedingungs-feld Schule Rücksicht nehmen“

HK: Immerhin ist aber Religion doch das einzige Schulfach mit Verfassungsrang. Sie können doch eigentlich gestrost auf die Gesetzeslage verweisen, zumal eine Zweidrittelmehrheit für eine Abschaffung des Religionsunterrichts nicht in Sicht ist . . .

Lachmann: Sich auf den Schutz der Verfassung zu verlassen, reicht in dieser Situation nicht aus. Wenn wir uns ausschließlich auf Artikel 7 Absatz 2 und 3 berufen würden, wäre dies eine rein rechtspositivistische Begründung. Das ist zwar bequem, aber keine hinreichende Begründung für einen plausiblen christlichen Religionsunterricht. Wir müssen in der Lage sein, den Religionsunterricht in der gesellschaftlichen Situation unserer öffentlichen Schule als ordentliches Lehrfach zu begründen.